

Das kann nicht der



Jorge Camacho Martínez:

„Unwürdig, was dir passiert, wenn du nicht mehr leistungsfähig bist.“

Erwerbsminderungsrente:

Lohn der Arbeit sein

„Es ist wie ein Tritt in den Arsch.“ So beschrieben im Februar 2009 fünf Mitglieder der IG Bauen-Agrar-Umwelt im „Der Grundstein/Der Säemann“ ihre Erfahrungen mit der Situation, durch Krankheit aus dem Berufsleben zu fallen. Die Worte „unwürdig“ und „ungerecht“ geben am besten wieder, wie solche Menschen auf dem Genehmigungsweg in die mickrige Erwerbsminderungsrente behandelt werden. Daran hat sich in den vergangenen 20 Monaten nichts geändert. Deshalb ist es Zeit, wieder auf den Tisch zu hauen – und die Regierenden an ihre Pflicht und Schuldigkeit zu erinnern: Tut endlich was!

In diesen Wochen steht die „Rente mit 67“ auf dem Prüfstand. Die Überprüfung, ob der Arbeitsmarkt so etwas zulässt, steht an. Die SPD und sogar die bayerische CSU haben da ihre Zweifel. Ältere oder Leistungseingeschränkte haben auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in körperlich anstrengenden Berufen, kaum eine Chance. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat eine Unterschriftenaktion gegen die „Rente mit 67“ gestartet, und die Gewerkschaften machen Druck auf die Regierung. Wie wichtig hier sozialere Lösungen sind, wird besonders auch beim Blick auf die Erwerbsminderungsrente deutlich. Wer es im Arbeitsleben nicht bis zum offiziellen Renteneintritt schafft, für den kommt es knüppelhart (siehe dazu das Interview auf Seite 11). Er muss um die ohnehin niedrige, vorgezogene Rente kämpfen, muss Ablehnung und lange Verfahren aushalten – finanziell und psychisch. Eine Anerkennung geleisteter Arbeit und lange Jahre einbezahlter Rentenbeiträge sieht anders aus. Die IG BAU fordert endlich Menschenwürde und Gerechtigkeit! Die Erwerbsminderung muss besser abgesichert, und der Zugang zur Rente muss erleichtert werden.

Risiko Arbeitsfähigkeit: Realität freilich ist das Gegenteil. Man kann auch sagen – und die

FDP macht ja aus ihrer sozialen Kaltschnäuzigkeit kein Geheimnis –, es wird ein enormer Leidensdruck aufgebaut, damit die Beschäftigten künftig nicht nur die Altersversorgung, sondern auch das Risiko für die Arbeitsfähigkeit zusätzlich privat absichern. Bei der zusätzlichen Altersrente (Stichwort Riester) ist dies bereits zum Milliardengeschäft für die Versicherungsgesellschaften geworden.

Das Risiko, aus dem Arbeitsleben ausscheiden zu müssen und auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen zu sein, ist heute nicht geringer, als es das vor zehn Jahren war. Aber heute gibt es in einem solchen Fall weniger Rente – und die Anerkennung ist weit schwieriger geworden. Von 2000 bis heute ist die volle Erwerbsminderungsrente von damals durchschnittlich 738 Euro auf heute 643 Euro gesunken. Also etwa auf Hartz IV-Niveau. Regierung und Parlament wollten das so. Auch die höchsten Gerichte sind (bisher) damit einverstanden. Und für jeden Monat, der für eine Erwerbsminderungsrente vor Vollendung des 63. Lebensjahrs in Anspruch genommen werden muss, sinkt die Altersrente um 0,3 Prozent. Der maximale Abschlag sind 10,8 Prozent. Dieser trifft alle, die es auch nur einen Monat vor dem 60. Geburtstag erwischt. Und das ist – ge-



Jorge Camacho Martinez, Jahrgang 1960, aus Karlstein bei Seligenstadt ist seit 20 Jahren IG BAU-Mitglied.

Er war zuletzt Bauleiter und verdiente gut, arbeitete aber auch viel und hart. Anfängliche Gesundheitsprobleme nahm er leicht. Heute weiß er Schwindel- und Taubheitsgefühle anders einzuschätzen. Herzinfarkt, Bandscheibe, Schulterprobleme, eine chiroprastische Operation und seitdem Probleme mit dem Knie, hochgradig Zucker – zwei große Aktenordner voller Details. Und das erste Wort des Versicherungsgutachters: „Damit kommen Sie nicht durch!“

14 Ärzte haben Jorge Camacho (Martinez ist der Name seiner Mutter und wird traditionsgemäß beigelegt) bescheinigt, dass er kein Simulant ist. Sein Hausarzt ist von den Tricks der Rentenkasse entsetzt. Seit vier Jahren geht der Wahnsinn mit Genehmigung der Erwerbsminderungsrente. Der Vater von vier Kindern musste die ganze Zeit von 460 Euro Teilerwerbsrente leben, und das immer auf Zeit. „Wenn die Gewerkschaft nicht geholfen hätte, wäre ich am Ende“, sagt er. „Es ist unwürdig, was dir passiert, wenn du nicht mehr leistungsfähig bist.“

rade in den Branchen der IG BAU – oft der Fall.

Besonders die Bauberufe: Nur 20 Prozent der Beschäftigten in den Bauberufen glauben, dass sie bis zur Rente durchhalten können. Weniger als zehn Prozent der Bauarbeiter sind tatsächlich durchgängig bis 65 erwerbstätig.

◆ Im Jahr 2009 wurden 367 288 neue Anträge auf Erwerbsminderungsrente gestellt. Nur 173 028 wurden genehmigt. Das sind 47,1 Prozent.

◆ 55,4 Prozent aller Neu-Rentner (Erwerbsminderungs- und Altersrente) muss-

ten 2009 Rentenabschläge hinnehmen, weil sie vor den entsprechenden Altersgrenzen in Rente gingen (oder gehen mussten). Der Durchschnitt dieser Abschläge betrug 102 Euro im Monat. Überschlüssig spart die Rentenkasse damit rund zwei Milliarden Euro im Jahr. Auch bei der „Rente mit 67“ geht es weniger darum, möglichst viele Menschen bis 67 in Arbeit zu halten, sondern darum, möglichst viel an Abschlägen zu produzieren – und so die Rentenkassen zu entlasten. Gerade die Beschäftigten in den Branchen der IG BAU sind es, denen solche „Rentenopfer“ drohen:

◆ Auf 100 Arbeitnehmer im Alter von 30

Jahren kommen im Durchschnitt aller Berufe 15 Arbeitnehmer im Alter von 64 Jahren. In den Bauberufen sind es nur neun, bei den Dachdeckern oder Gerüstbauern nur drei, die mit 64 noch im Beruf sind.

◆ Im Durchschnitt aller Berufe sind 23 Prozent aller Rentenzugänge Erwerbsminderungsrentner. 15 der 23 Prozent erhalten eine volle Erwerbsunfähigkeitsrente, die anderen nur eine Teilrente.

◆ Unter 100 Beschäftigten der Bauberufe aber, die in Rente gehen, sind gut 41 Erwerbsminderungsrentner.

◆ Bei den Dachdeckern und Gerüstbauern sind es sogar 59 Erwerbsminderungsrentner.

**Jens Eckelmann, Jahrgang 1967,
aus Genthin in Sachsen-Anhalt**

kämpft seit über acht Jahren um Würde und Gerechtigkeit. Sein Leidensweg begann, als er sich im August 2002 bei einer Hilfsaktion gegen das Elbe-Hochwasser die Bandscheibe lädierte. Der Gutachter sagt, seine Schmerzen seien zumutbar, damit könne man arbeiten. Die fürs Soziale zuständige ARGE meint, er wohne ja bei seiner Mutter, sei also weniger bedürftig. Jens Eckelmann kämpft weiter: „Damit es für andere vielleicht einmal besser wird. Damit man eine Chance kriegt. Und Hilfe.“ Schlimm ist für ihn nicht nur das Leben am Existenzminimum. „Was einen noch viel fertiger macht“, sagt er, „ist, dass man nutzlos für die Gesellschaft geworden ist.“ Einen Arbeitsplatz zu finden, hat er Hunderte Male versucht. Er würde seine Restarbeitskraft gerne sozialen Einrichtungen zur Verfügung stellen, zum Beispiel Kranken das Essen reichen, den Rollstuhl schieben. Er meint, Frührentner können etwas Soziales tun – und damit auch selbst besser abgesichert werden.



Alle Bauberufe, so hat es der Bundesverband der Innungskrankenkassen festgestellt, sind überdurchschnittlichen Belastungen ausgesetzt. Die häufigsten Krankheiten betreffen Muskeln und Skelett sowie Kreislauf. Viele, die wegen Gesundheitsproblemen aus dem Arbeitsleben gedrängt werden, bekommen aber nicht einmal eine Erwerbsminderungsrente, weil die Kriterien realitätsfremd und streng sind.

Wer „aus medizinischer Sicht“ theoretisch noch mindestens sechs Stunden am Tag arbeiten kann, der hat keine Chance auf eine

Zwischenruf

Erwerbsminderung: Neuorientierung nötig

Als medizinischer Gutachter erlebe ich täglich: Älteren Arbeitslosen mit Gesundheitsproblemen wird von ihren behandelnden Ärzten empfohlen, eine Erwerbsminderungsrente zu beantragen. Den meisten Ärzten ist aber nicht klar, welche hohen Anforderungen vom Gesetz mittlerweile für eine Rentenbewilligung gestellt werden. Deshalb sind bei vielen Anträgen Frustrationen vorprogrammiert.



Prof. Dr. med.
Klaus-Dieter Kolenda
Facharzt für Innere Medizin,
seit über 30 Jahren Gutachter
beim Sozialgericht Kiel

Mit dem Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, das Anfang 2001 in Kraft getreten ist, wurden die gesetzlichen Vorschriften, die den Anspruch regeln, drastisch verschärft. Vereinfacht gesagt: Weggefallen ist der bisherige Berufsschutz. Wer nach dem 2. Januar 1961 geboren ist und aus medizinischer Sicht mindestens sechs Stunden am Tag leichte Arbeiten ausüben kann, hat nach der aktuellen Gesetzeslage kaum Chancen auf eine Erwerbsminderungsrente.

Entscheidend für das Sechs-Stunden-Kriterium sind allgemeine Feststellungen, wie zum Beispiel „leichte Arbeiten in sitzender Position möglich“. Ob es einen konkreten Beruf oder gar einen freien Arbeitsplatz gibt, zählt nicht als Kriterium. Diese Gesetzesvorgaben und die daraus abgeleiteten sozialmedizinischen Richtlinien begrenzen den Ermessensspielraum, den medizinische Sachverständige vor Gericht haben.

Ich erlebe immer wieder, dass zum Beispiel Menschen mit einer schweren Erkrankung der Herzkranzgefäße und auch weiteren Einschränkungen per Gutachten attestiert werden muss, dass sie noch sechs Stunden leichte Tätigkeiten ausüben können – und sie dann keine Erwerbsminderungsrente bekommen. Das ist für viele eine große Ungerechtigkeit. Sie haben oft jahrzehntelang in die Rentenkasse eingezahlt. Nun stehen sie vor dem sozialen Abstieg, weil sie wegen ernsthafter gesundheitlicher Einschränkungen ihre berufliche Tätigkeit nicht mehr ausüben können oder gar keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Deswegen ist eine gesetzliche Neuorientierung bei der Erwerbsminderungsrente dringend geboten. Der wichtigste Punkt ist, dass ältere Versicherte mit vielfältigen gesundheitlichen Einschränkungen, die nur noch leichte Arbeiten sechs Stunden und mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verrichten können und denen in einer angemessenen Frist kein ihrem Leistungsvermögen entsprechender konkret vorhandener Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann, einen Zugang zur Erwerbsminderungsrente erhalten. Da außerdem die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente wegen der Abschläge sehr niedrig ist, sollten diese abgeschafft werden. Denn kranke Menschen können den Zeitpunkt ihrer Arbeits- und Leistungsunfähigkeit nicht selbst bestimmen. Außerdem sollte die Berufsunfähigkeitsrente, wie sie vor 2001 bestanden hat, wieder eingeführt werden.

Foto: ZPUSZ

Das will die IG BAU!

Die IG BAU fordert: Gutes Auskommen im Alter. Altersarmut darf nicht die Perspektive für Millionen von Menschen werden. Es braucht dringend flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67.

◆ Eine Erwerbsminderungsrente von durchschnittlich 643 Euro pro Monat kann und darf nicht das Ergebnis einer Lebensarbeitsleistung sein.

◆ Die „Rente mit 67“ muss weg – denn sie bedeutet für viele schlicht zwei Jahre länger Hartz IV.

◆ Es braucht eine bessere Absicherung des Erwerbsminderungs-Risikos in der gesetzlichen Rentenversicherung.

◆ Die Erwerbsminderungsrenten müssen steigen – die Abschläge von bis zu 10,8 Prozent müssen weg.

◆ Der Zugang zur Erwerbsminderungsrente muss leichter werden – für ältere Arbeitnehmer mit Gesundheitsproblemen, die tatsächlich keinen geeigneten Arbeitsplatz finden.

◆ Zusätzlich muss es für alle mit ernstesten Gesundheitsproblemen, die zwar noch einen Arbeitsplatz finden, die aber in der neuen Tätigkeit weniger verdienen als in ihrem alten Beruf, eine Teil-Rente geben.

◆ Langfristig soll das Rentensystem nach dem IG BAU-Rentenkonzept „Bürgerversicherung“ umgebaut werden: Alle zahlen ein, alle sind abgesichert – 400-Euro-Jobber und Ein-Mann-Selbstständige genauso wie Beamte oder Politiker. Rentenbeiträge werden auch auf Einkommen aus Vermögen fällig.

◆ Wenn eine solche Bürgerversicherung eingeführt würde, könnte der Beitragssatz zur Rentenversicherung mittelfristig um vier bis fünf Prozentpunkte gesenkt werden.

solche Rente. Wenn er (theoretisch) noch drei Stunden arbeiten kann, erhält er nur eine Teilrente. Dies auch, wenn er tatsächlich wegen Gesundheitsproblemen arbeitslos ist. Und auch, wenn er nur noch „theoretisch“ in ganz einfachen Tätigkeiten arbeiten kann. Für alle, die nach 1960 geboren sind, gibt es nämlich keinen „Berufsschutz“ mehr.

Kein Wunder, dass 2009 jeder zweite Antrag auf eine Erwerbsminderungsrente abgelehnt wurde. Die Konsequenz: Langzeitarbeitslosigkeit, der Abstieg in Hartz IV und später eine mickrige Rente. IG BAU-Mitglied Johannes S. Schymura, der als Versichertenältester viele Fälle erlebt, berichtet: „Häufig wird die Erwerbsminderungsrente abgelehnt, weil der Antragsteller doch noch mindestens drei Stunden am Tag arbeiten könnte. Dies, obwohl es solche Jobs in der Realität gar nicht gibt. Oft wird noch eine Reha-Maßnahme angeordnet, bei der die Belastbarkeit intensiv festgestellt werden sollte, auch wenn die letzte Reha erst vor kurzer Zeit war. Beliebt ist es auch, den Antragsteller in eine Teilerwerbsrente zu stecken, selbstverständlich auf 18 Monate befristet, um dann erneut über Rentenansprüche zu entscheiden.“ (Siehe Interview Seite 11.)

Zwei Beispiele

Annegret W. aus Dresden, Jahrgang 1951, möchte lieber anonym bleiben. Sie sagt: „Die Rentenversicherung interessiert es überhaupt nicht, ob es den Beruf oder eine Stelle für eine sogenannte leichte Tätigkeit gibt, in der man noch drei Stunden arbeiten kann. Und den Arbeitgeber, der dich vielleicht erwerbsgemindert einstellt, den interessiert nur der Zuschuss, den er erhält.“ In der DDR hatte sie auf dem Bau gearbeitet, sich weitergebildet und dann bei einer Innungskrankenkasse gearbeitet. Als sie so krank wurde, dass sie ihren Beruf nicht mehr ausüben konnte, wurde sie genauso schlecht behandelt wie die anderen. Ihr erster Antrag auf Erwerbsminderungsrente wurde abgelehnt, im Widerspruch

und nach viel Bürokratie und Gutachteraufwand gab es diese Rente dann auf Zeit. Zwei Jahre und acht Monate bezog sie Erwerbsunfähigkeitsrente, auf Dauer aber werden ihr nun 10,8 Prozent ihres Rentenanspruchs abgezogen. „Das ist ungerecht und unsozial“, sagt sie – und arbeitet deshalb als Versicherungälteste, um anderen mit ihrer Erfahrung zu helfen. „Als IG BAU-Mitglied ist man solidarisch“, meint sie, „das ist doch selbstverständlich.“

Ralf Siegel aus Duisburg, Jahrgang 1958, war Isolierer und 30 Jahre in seiner Firma, bevor vor etwa sechs Jahren sein Leidensweg begann: Rücken, Bandscheiben, Knie kaputt, die Arterien belastet, mehrere Krankenhäuser, acht Operationen. Er kam in die Mühle zwischen Krankenkasse, Rentenversicherung und Arbeitsamt, wurde ausgesteuert, bezog 22 Monate Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt. Die Krankenkasse fand ihn nicht krank genug, die Arbeitsagentur hielt ihn für nicht vermittlungsfähig, die Landesversicherungsanstalt wollte Eingliederungsmaßnahmen. Sein „theoretischer“ Job, den er angeblich noch ausüben könne: Pförtner.

„Halb Deutschland ist Pförtner“, sagt Ralf Siegel bitter. „Das ist ein Wort, um die Leute nicht in Rente schicken zu müssen. Aber den Job gibt es nicht. Man hat als Erwerbsunfähiger oder stark in seiner Arbeitsmöglichkeit Eingeschränkter keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Das ist eine Illusion. Alle wissen es, trotzdem wird jemand wie ich damit hängen gelassen. Und das geht nicht nur mir so.“

Ralf Siegel war Betriebsratsvorsitzender. „Ich war ein Mensch, der sich wehrt“, sagt er. „Man braucht Durchhaltevermögen, wenn man in so eine Lage kommt. Da muss man auch mal auf den Tisch hauen. Man darf sich nicht alles gefallen lassen – und man muss sich Rat holen. Unbedingt! Da hilft die Gewerkschaft und da helfen die Sozialverbände. Viele Leute wissen viel, sage ich. Also nicht im Kämmerchen verkriechen, sondern Hilfe holen.“ *almay*

„Man muss sich unbedingt Hilfe holen“

Ein Gespräch mit zwei Versichertenältesten (offizieller Titel: Versichertenberater der Deutschen Rentenversicherung). Beide sind langjährige IG BAU-Mitglieder, die ehrenamtliche Rentenberatung anbieten.

Johannes S. Schymura aus Heilbronn, früher einmal Betriebsratsvorsitzender bei Züblin, ist seit fast 40 Jahren in der IG BAU und selbst Erwerbsminderungsrentner. Er kennt die systematischen Ablehnungen, Verschiebebahnhöfe und Verzögerungen. „Da wird eine harte Politik gefahren. Mein Fall“, sagt er, „ginge heute anders, das wäre schwieriger.“

Uwe Boi, früher Maschinenmeister bei Philipp Holzmann und seit 50 Jahren IG BAU-Mitglied, berät im Landkreis Harburg Menschen aus unterschiedlichen Berufen, die nach harter Arbeit erhebliche Verschleißerscheinungen aufweisen und eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit beantragen müssen.



Johannes S. Schymura

Fotos: privat

Grundstein: Was sind Probleme, denen man als Antragsteller begegnet?

Uwe Boi: Viele haben ihren Rentenverlauf nicht vorab geklärt und sind nicht ausreichend informiert. Bei der Antragstellung ist es sehr wichtig, keine Diagnosen der körperlichen Schädigungen abzugeben oder darüber, wie viel Stunden man noch in der Lage ist, in einem Beruf tätig zu sein. Vielmehr kommt es darauf an, zu schildern, wie der körperliche Verfall sich auf die persönlichen Einschränkungen im Alltag auswirkt.

Johannes S. Schymura: Der von der Rentenversicherung vorgeschlagene ärztliche Gutachter ist bindend. Oft verweigert er aber aus dubiosen Gründen die Begutachtung, und es vergeht Zeit, bis ein neuer Gutachtertermin feststeht. Einen Gutachter darf man nur aus triftigen Gründen ablehnen, etwa wenn er schon mal als Arzt befasst war oder in der Klinik an einer Operation maßgebend mitgewirkt hat, die nun Gegenstand der Verrentung ist. Bei Sozialgerichtsverfahren wird in der Regel vom Gericht dann ein neuer Gutachter bestellt. Das ist eine Chance.



Uwe Boi

Grundstein: Gibt es weitere Stolpersteine?

Johannes S. Schymura: Im Rentenantragsverfahren sollten Gedanken an einen sogenannten 400-Euro-Job nicht öffentlich angesprochen werden, das könnte sich als kontraproduktiv erweisen. Maßgebend ist dabei gar nicht der Stundenlohn, sondern die maximale Arbeitszeit von bis zu drei Stunden täglich, dass man die noch arbeiten will und kann.

Uwe Boi: Antrag, Ablehnung, Widerspruch, Ablehnung, Klage beim Gericht, befristete Lösung, wieder Antrag, Ablehnung, Widerspruch – und so weiter. Das ist der Hammelsprung, mit dem man es zu tun bekommt.

Grundstein: Wie ist Euer Rat?

Uwe Boi: Man sollte in solch ein Verfahren nicht alleine hineingehen, sondern sich Hilfe holen. Alleine erleidet man Schiffbruch. Man muss sich auf Widerspruch und Ablehnung einstellen. Die Versicherung mauert erst einmal, in der Hoffnung, dass man die Segel streicht. Da sage ich: Das ist ganz normal. Das muss man durchstreiten.

Johannes S. Schymura: Menschliche Zuwendung, die bieten wir bei der IG BAU. Es gibt in jedem IG BAU-Bezirksverband Leute wie mich, die helfen können. Und es ist auch wichtig, dass bei der nächsten Sozialwahl im Juni 2011 wieder solche Vertreter gewählt werden. Das sollte jedem klar sein.